

U20

Manchmal egoistisch sein

«Gehst du morgen nach der Schule mit mir shoppen?», fragt mich meine Kollegin fordernd. Ich weiss genau, dass ich eigentlich keine Zeit dafür habe, da ich noch eine Schularbeit fertig schreiben muss. Und trotzdem sage ich ihr zu.

Im Nachhinein frage ich mich, wieso ich Ja gesagt habe und finde meine Antwort im Begriff «People Pleasing». Das bedeutet, dass man sich für die Gefühle anderer verantwortlich fühlt und somit manipulierbar oder sogar abhängig ist.

Ist meine Kollegin jetzt von mir enttäuscht, wenn ich ihr absage? Ist sie mir böse? Sind wir danach noch Freundinnen? Solche Fragen und Gedanken schwirren in Situationen wie diesen in meinem Kopf herum. Ich bin emotional völlig erdrückt und habe das Gefühl, dass ich im Besitz meines Gegenübers bin.

Sogenannte «People Pleaser» vergessen sich selbst und ihre Bedürfnisse. Sie stellen ihre Interessen selbstverständlich hinten an und fügen sich. Für sie ist es in Ordnung, wenn sie mehr geben, als sie selbst bekommen.

Den Ursprung eines solchen Verhaltens findet man vielfach in der Kindheit, respektive in der Erziehung der Eltern. Kann es vielleicht etwas damit zu tun haben, dass diese ihren Kindern zu wenig Grenzen gesetzt haben?

Nein zu sagen, ist nicht einfach, sollte aber in einer Freundschaft oder auch Beziehung nicht vermieden werden.

Deshalb: Hören Sie auf Ihr Herz und verstellen Sie sich nicht, nur damit Ihr Gegenüber glücklich und zufrieden ist. Seien Sie manchmal egoistisch und mutig genug, Nein zu sagen. Eine echte Freundschaft besteht nämlich nicht immer nur aus Verbundenheit, sondern muss auch gewisse Grenzen respektieren. Kann sie dies, dann wird mit grösster Wahrscheinlichkeit auch ein verschobener Shoppingtag zu einem unvergesslichen Erlebnis.



Jennifer Dunkel, 17, Schülerin Kantonsschule Sursee
kanton@luzernerzeitung.ch

Hinweis

In der Kolumne äussern sich Lernende von Kantonsschulen zu frei gewählten Themen. Ihre Meinung muss nicht mit derjenigen der Redaktion übereinstimmen.

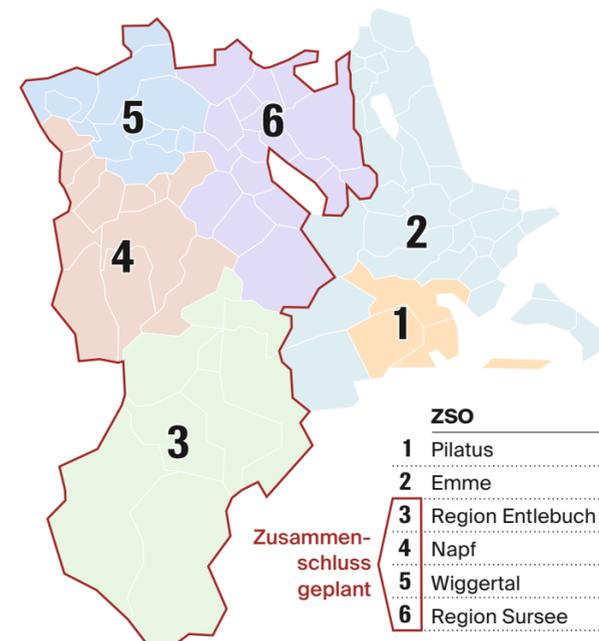
Zivilschutz-Fusion findet Anklang

Vier Zivilschutzorganisationen wollen sich zusammenschliessen. Die betroffenen Gemeinden äussern sich positiv.



Beim Hochwasser im letzten Sommer war der Zivilschutz gefragt. Bild: Dominik Wunderli (Luzern, 29. Juli 2021)

Zivilschutzorganisationen im Kanton Luzern



Quelle: Kanton Luzern/Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug; Grafik: jn

Fabienne Mühlemann

Die vier Zivilschutzorganisationen Napf, Region Entlebuch, Region Sursee und Wiggertal wollen sich per 1. Januar 2023 zusammenschliessen. Dies ist bereits seit November 2021 spruchreif (wir berichteten). Mittlerweile sind weitere Details bekannt. So würden die vier Kompanien zu einem Bataillon zusammengefasst, die Kommandoposten an den heutigen Standorten bestünden weiterhin und das Material bleibe in den Regionen, sagt Jean-Paul Niederberger, Projektleiter und Präsident der ZSO Region Sursee, auf Anfrage.

Grund für den geplanten Zusammenschluss sei der Personalmangel. Durch die neue Gesetzgebung des Bundes würden Zivilschützer früher aus dem Dienst entlassen und der Nachwuchs fehle (siehe Box). «Somit werden wir in absehbarer Zeit zu wenig Leute haben», sagt Niederberger. «Derzeit leisten in den vier Zivilschutzorganisationen rund 1200 Personen ihren Dienst, 2023 müssen wir froh sein, wenn es noch 700 sind. Ohne den Zusammenschluss könnten die Zivilschutzorganisationen einzeln zum Teil nicht

mehr existieren. Doch arbeiten wir miteinander, sind wir gut aufgestellt», sagt der ehemalige Sempacher Stadtrat.

Die Zeit ist knapp

Der Luzerner Regierungsrat und die Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug unterstützen die Zusammenführung. Um diese bis Anfang 2023 zu organisieren, ist nun ein hohes Tempo gefragt. So erwartete die Projektleitung bis Ende Februar von den 48 beteiligten Gemeinden eine Stellungnahme.

«Bis jetzt haben wir nur positive Rückmeldungen erhalten», sagt Niederberger. Noch habe man nicht von allen Gemeinden gehört. «Sobald alle Stellungnahmen eingetroffen sind, werden wir mit der Bereinigung des Gemeindevertrages beginnen und ihn zur Unterschrift vorbereiten.» Dies sollte bis spätestens Mitte Juni in den Regionen erfolgen. Im Hintergrund laufen die Vorbereitungen für die Umsetzung per 1. Januar 2023 auf Hochtouren. Ein Knackpunkt seien noch die Kosten, genauer gesagt der Betrag, den die Gemeinden pro Einwohner an die Organisation zahlen müssen. «Unser Ziel ist es, den Pro-Kopf-

Beitrag zwischen 8 Franken und 8.50 Franken festzulegen. Da sind wir aber auf gutem Weg.»

Gemeinden sehen die Vorteile

In der Tat äussern sich die Gemeinden positiv zur geplanten Zusammenführung. So schreibt die Stadt Willisau, welche zur ZSO Napf gehört, dass der geplante Zusammenschluss «sinnvoll ist und für Willisau Vorteile

bringt». Positiv sei auch, dass die ehemaligen Zivilschutzorganisationen mit politischen Vertretern Einsitz in der neuen Zivilschutzkommission – der Oberaufsicht über die Führung der ZSO Nord-West – haben werden. Auch die Gemeinderäte von Escholzmatt-Marbach (ZSO Entlebuch) und Ruswil (ZSO Region Sursee) haben dem Gemeindevertrag zugestimmt, wie sie schreiben. Die rasche

Umsetzung werde dabei als notwendig erachtet.

Der Dagmerseller Gemeinderat (ZSO Wiggertal) schätzt am Zusammenschluss, dass die neue ZSO dank neu vollamtlichen Führungskräften professioneller geführt werden könne. Für die meisten Dienstleistungen bleibe dank der Organisationsform mit den vier regionalen Kompanien ein Bezug zum Einsatzgebiet erhalten. Und durch die regionalen Depots könne das Material schnell in den Einsatzgebieten eingesetzt werden. «Das Projekt ist gut aufgegleist. Der Gemeinderat sieht keine grossen Knackpunkte und unterstützt die Zusammenführung», sagt Gemeinderat Peter Kunz. Der Surseer Stadtrat wird das Thema an der nächsten Sitzung besprechen, heisst es auf Anfrage.

Für Jean-Paul Niederberger ist es klar: Ohne den Zivilschutz geht es nicht. «Wir haben während der Pandemie oder dem Unwetter gesehen, dass der Zivilschutz ein Standbein des Bevölkerungsschutzes ist. Und bei der aktuellen Kriegslage in Europa wird der Zivilschutz vermutlich erneut gefordert. Wer würde sonst die Betreuungsaufgaben übernehmen?»

Notverordnung des Kantons

Der Bundesrat hat das totalrevidierte Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz per 1. Januar 2021 in Kraft gesetzt. Dieses bringt eine Reduktion der Dienstpflicht von 20 auf 14 Jahre oder 245 Tage. Im Kanton Luzern würde dies zu einem Unterbestand führen, weswegen die Luzerner Regierung von der Möglichkeit einer auf zwei Jahre befristeten Einführungsverordnung Gebrauch macht.

Weiter passt Luzern das kantonale Gesetz an. So werden neben den Entschädigungen auch die Zuständigkeiten geändert (wir berichteten). Abstand

Neuer HSLU-Studiengang

Die Hochschule Luzern bietet ab dem Herbstsemester 2022 neu den Masterstudiengang IT, Digitalization & Sustainability an. Wie es in einer Mitteilung heisst, stehe im Zentrum des Masters die Frage, wie die Informatik zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen könne.

Die erste Hälfte des auf zwei Jahre angelegten Master-Studienganges gliedert sich in fünf Bereiche auf: Intercultural Collaboration, Project Management & Leadership, Digital Transfor-

mation, Natural Language Processing & Information Systems sowie Artificial Intelligence & Machine Learning. Der Master ITDS sei international ausgerichtet und die Unterrichtssprache sei Englisch.

Bedarf nach IT-Profis decken

Nachhaltige Entwicklung und digitale Transformation seien Begriffe, die in der öffentlichen Wahrnehmung selten zusammen gedacht werden, obwohl

sie eng miteinander verknüpft seien, wird Studiengangleiter Peter Wullschleger in der Mitteilung zitiert. Der Master trage dieser Entwicklung Rechnung. Die Hochschule Luzern reagiere damit auch auf den zunehmenden Bedarf der Wirtschaft nach IT-Profis im Bereich nachhaltige Digitalisierung. (fmi)

Hinweis

Ein Infoanlass findet am 8. März im Campus Zug-Rotkreuz statt. Infos unter hslu.ch/master-itds

Diverse Spenden für die ukrainische Bevölkerung

Solidarität Der Krieg in der Ukraine berührt viele Menschen. Diese wollen die Ukrainerinnen und Ukrainer mit finanzieller Hilfe unterstützen. Auch zum Beispiel die Gemeinde Nottwil teilte am Freitag mit, dass sie als Zeichen der Solidarität eine Spende von einem Franken pro Einwohnerin und Einwohner, also 4100 Franken, der Glückskette überweise. Sollte es zu einer Flüchtlingswelle kommen, werde der Gemeinderat die kan-

tonalen Behörden in der Suche von Unterkünften unterstützen, schreibt er in der Mitteilung.

Auch die Luzerner Psychiatrie teilte mit, dass sie 15000 Franken zur Linderung der humanitären Not spende. Der Synodalrat der Evangelisch-Reformierten Landeskirche des Kantons Luzern spricht 10000 Franken für die HEKS-Nothilfe – das ist das Hilfswerk der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz. (fmi)